

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen ist endlich wieder etwas Dynamik in die Verhandlungen um die Finanztransaktionssteuer gekommen. Doch ist eine Einigung offenbar noch weit entfernt.

Die Bundesregierung will entsprechend dem Koalitionsvertrag eine Steuer auf breiter Basis und eng angelehnt an den guten Entwurf der Europäischen Kommission. Unterstützt wird sie dabei von Österreich. Dem entgegen steht Frankreich, welches zentrale Elemente des Vorschlags wie die Besteuerung von Derivaten und das Herkunftslandprinzip in Frage gestellt hat. Zuletzt scheint sich Frankreich wieder etwas bewegt zu haben. Nachdem nun auch noch Finanzminister Moscovici ausgetauscht wurde, gibt es weiteren Anlass, zu hoffen.

Die weiteren Regierungen dürften sich irgendwo zwischen einer Mini-Aktiensteuer und einer breiten Finanztransaktionssteuer bewegen. Zum Teil scheinen sie sich noch nicht festgelegt zu haben. Die Meinungsbildung spielt sich derzeit vor allem in informellen Runden und bilateralen Gesprächen ab. Das macht den Prozess sehr undurchsichtig.

Momentan scheint eine Stufenlösung wahrscheinlich: Die Steuer startet mit eingeschränkter Basis und wird nach und nach ausgeweitet. Welche Transaktionen in welcher Stufe dabei sind, und wie und ob weitere Stufen ausgelöst werden, ist aber noch völlig unklar.

In dieser Situation ist klar, dass der Entwurf der Kommission und die deutsche Position nicht eins zu eins durchsetzbar und ein Kompromiss unumgänglich ist. Laut Kanzlerin Merkel soll es bis zur Europawahl einen gemeinsamen Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer geben. Das ist eher unwahrscheinlich. Doch früher oder später wird es eine Finanztransaktionssteuer geben. Ob sie diesen Namen auch verdient, hängt vom weiteren politischen Druck ab. Unsere Kollegen in Europa haben sich mit uns in den letzten Wochen intensiv für unsere Forderungen eingesetzt. Wir werden uns nicht mit einem faulen Kompromiss abspesen lassen.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Entwicklungen in Europa im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit
- Entwicklungen bei der Mittelverwendung
- Rechtsgutachten zu Devisentransaktionen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

März:

18. März: Laut dem haushaltspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, [Norbert Barthle](#), strebt die Bundesregierung bei der Finanztransaktionssteuer eine kleine Lösung an. Denn eine große sei nicht möglich.

5. März: Finanzminister Schäuble und sein österreichischer Amtskollege [Spindelegger](#) wollen rasch eine Finanztransaktionssteuer. Österreich soll in den Verhandlungen eine Führungsrolle einnehmen.

5. März: Finanzminister [Schäuble](#) hält an der Besteuerung von Derivaten fest.

Februar:

21. Februar: Die [Bundesregierung](#) erwartet durch die Finanztransaktionssteuer nur geringe Belastungen bei der Altersvorsorge.

19. Februar: Der [Sparkassenverband](#) wendet sich gegen die Pläne, nur mit einer Steuer auf Aktienhandel zu starten.

19. Februar: Der [DGB](#) fordert eine umfassende Finanztransaktionssteuer. Im Interesse der privaten und betrieblichen Altersvorsorge begrüßt er "den von der Finanztransaktionssteuer ebenfalls ausgehenden Anreiz für ein eher auf Dauer, Nachhaltigkeit und vor allem auf Sicherheit orientiertes Investitionsverhalten. Auch für die Unternehmen, in die diese Fonds investieren, wird das Finanzierungsumfeld ein Stück weit berechenbarer."

19. Februar: Bundeskanzlerin [Merkel](#) erklärt beim deutsch-französischen Regierungsgipfel in Paris, bis zur Europawahl solle es einen gemeinsamen Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer geben - als wichtiges Signal für die Bürger.

17. Februar: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) greift den Vorschlag zu einer gestuften Einführung der Finanztransaktionssteuer auf, um die Verhandlungen wieder voranzubringen. Starten würde man vermutlich mit der Besteuerung des Aktienhandels.

17. Februar: Bayerns Finanzminister [Markus Söder](#) will beim Freihandelsabkommen eine US-amerikanische Finanztransaktionssteuer erreichen. Denn bei der geplanten Finanztransaktionssteuer von elf EU-Ländern könne laut Söder es nur einen wirklichen Durchbruch geben, wenn die USA ihre "Verweigerungshaltung" aufgäben.

11. Februar: Die schwarz-grüne [hessische Regierung](#) will die Abwanderung von Finanzgeschäften von Frankfurt nach London vermeiden, ist sich aber ansonsten uneins bei der Bewertung der Finanztransaktionssteuer.

3. Februar: [Union und SPD](#) würden einer gestuften Einführung der Finanztransaktionssteuer notfalls zustimmen, so ihre Finanzpolitiker im Bundestag.

2. Februar: [Markus Ferber](#), Europaabgeordneter und Chef der CSU-Europagruppe, lehnt es ab, die Finanztransaktionssteuer in Stufen einzuführen.

Januar:

31. Januar: Der neue Entwicklungsminister [Gerd Müller](#) spricht sich dafür aus, Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe zu verwenden.

21. Januar: [Bärbel Kofler](#), neue entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sieht in der Finanztransaktionssteuer ein Mittel, weitergehende Aufstockungen der Entwicklungshilfe zu erreichen, als sie der Koalitionsvertrag vorsieht.

20. Januar: Der frühere Bundespräsident [Horst Köhler](#) macht sich für eine Finanztransaktionssteuer stark,

damit Deutschland endlich das 0,7-Prozent-Ziel erreicht.

20. Januar: [Finanzminister Schäuble](#) verteidigt die Finanztransaktionssteuer vor der deutschen Börse.

7. Januar: [Sascha Raabe](#), entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kandidiert nicht mehr für sein altes Amt und begründet dies mit der mangelnden Unterstützung der Partei für das 0,7-Prozent-Ziel.

6. Januar: [SPD, Grüne und Linke](#) greifen Bouffier wegen dessen Äußerungen zur Finanztransaktionssteuer scharf an.

5. Januar: Der hessische Ministerpräsident [Volker Bouffier](#) (CDU) findet eine Finanztransaktionssteuer wieder einmal ganz unmöglich.

Entwicklungen im Ausland:

März:

29. März: Der [Europäische Rat](#) wird sich erst wieder mit der Finanztransaktionssteuer beschäftigen, wenn es substantielle Fortschritte gegeben hat. Dies sei momentan nicht der Fall.

28. März: Die [österreichischen Bischöfe](#) sprechen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

18. März: Die Finanztransaktionssteuer ist laut einem [Gutachten des Rechtsdienst des Europäischen Rats](#) nicht notwendigerweise unvereinbar mit der Kapitalverkehrsfreiheit, was das Totschlagargument gegen die Besteuerung von Devisentransaktionen entkräftet. Im Rahmen der laufenden Verhandlungen um die Verstärkte Zusammenarbeit sei die Hinzunahme von Devisentransaktionen aber nicht mehr möglich, so das Gutachten.

18. März: Die [französische Regierung](#) bewegt sich bei der Besteuerung des Derivatehandels.

Februar:

28. Februar: Politiker in [Malta](#) sind weiter einhellig gegen eine Finanztransaktionssteuer.

24. Februar: [EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta](#) hält einen politischen Durchbruch bei der Finanztransaktionssteuer im Mai für möglich.

20. Februar: Die [estnische Regierung](#) will keine Stufenlösung und insgesamt möglichst eng am Vorschlag der EU-Kommission festhalten. Allerdings will sie Pensionsfonds von der Finanztransaktionssteuer ausnehmen.

19. Februar: Frankreichs Präsident [Hollande](#) findet eine nicht perfekte Steuer besser als gar keine.

18. Februar: Frankreichs Finanzminister [Moscovici](#) möchte bis zu den Europawahlen einen "soliden und realistischen Vorschlag" für die Finanztransaktionssteuer erreichen.

17. Februar: Die [Sozialisten im Europaparlament](#) appellieren an Finanzminister Schäuble und seinen französischen Kollegen Moscovici, die Finanztransaktionssteuer voranzubringen. [Hier](#) der Brief im Wortlaut.

17. Februar: [Italien](#) soll die Rolle eines Koordinators übernehmen, um endlich mit der Finanztransaktionssteuer voranzukommen.

7. Februar: [EU-Steuerkommissar Semeta](#) wirbt vor dem Europaparlament mit Verve für die Finanztransaktionssteuer. Dabei weist er darauf hin, dass laut Umfragen 64 Prozent aller Bürger eine Finanztransaktionssteuer wollen. Doch "mächtige Interessengruppen haben unermüdlich daran gearbeitet, Fortschritte zu verhindern".

6. Februar: Die [griechische EU-Ratspräsidentschaft](#) möchte bis Juni eine Einigung bei der verstärkten Zusammenarbeit haben.

Januar:

30. Januar: Frankreichs Finanzminister [Pierre Moscovici](#) und Entwicklungsminister [Pascal Canfin](#) werben in einem gemeinsamen Presseartikel für die Finanztransaktionssteuer und wollen damit in Europa mehr Mittel für weltweite Gesundheitsvorsorge und Klimaschutz mobilisieren..

27. Januar: Die deutsche und die französische Regierung wollen bei der Finanztransaktionssteuer vorankommen, erklären ihre Finanzminister beim [deutsch-französischen Wirtschaftsrat](#) in Paris. Während die Finanzminister Moscovici und Schäuble dabei betonen, Belastungen für die Finanzstandorte vermeiden zu wollen, streicht Wirtschaftsminister Gabriel die Kosten der Finanzkrise hinaus (Printausgabe des Handelsblatts vom 28.1.).

27. Januar: UN-Untergeneralsekretär [Philippe Douste-Blazy](#) spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus, um mit den Einnahmen globale Armut zu bekämpfen.

24. Januar: Erstmals spricht sich in [China](#) ein hochrangiger Finanzpolitiker und Zentralbanker für eine Steuer auf Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) aus.

21. Januar: Der neue [österreichische Finanzminister Michael Spindelegger](#) will die Finanztransaktionssteuer bis 2016 über die Bühne gebracht haben.

17. Januar: [EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta](#) sieht die Finanztransaktionssteuer weiter im Kommen. Es gäbe von einzelnen Ländern Forderungen nach Ausnahmen, doch diese dürften keine Schlupflöcher schaffen. Die Steuer müsse anders beschaffen sein als existierende Aktiensteuern und könne noch im ersten Halbjahr 2014 kommen. Ein gestufte Einführung sei denkbar.

16. Januar: Laut [Reuters](#) verhandeln die elf an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Staaten über konkrete Ausnahmen bei der Finanztransaktionssteuer - etwa bei Derivaten.

14. Januar: Die [griechische EU-Ratspräsidentschaft](#) will die Arbeiten an der Finanztransaktionssteuer weiter vorantreiben.

12. Januar: Regulierer in [Indien](#) denken über eine Steuer auf Banktransaktionen nach.

Entwicklungen bei der Verstärkten Zusammenarbeit

Seit Monaten verhandeln die europäischen Staaten über die Finanztransaktionssteuer, ohne dass bisher der entscheidende Durchbruch erfolgt ist. Einen maßgeblichen Anteil an der Blockade haben dabei nicht etwa Großbritannien, Schweden und Tschechien, welche die Steuer selbst nicht wollen, aber in den offiziellen Verhandlungen an der Steuer herumrörgeln, sondern die französische Regierung. Schon seit längerem ist bekannt, dass nach dem Willen von Wirtschafts- und Finanzminister Moscovici sowohl die Besteuerung von Derivaten als auch das Herkunftslandprinzip aufgegeben werden soll und die Steuer möglichst der existierenden französischen Mini-Finanztransaktionssteuer entsprechen soll (hauptsächlich auf den Handel mit Aktien großer französischer Unternehmen).

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht eine Finanztransaktionssteuer mit einer breiten Bemessungsgrundlage vor (zusätzlich zum Kommissionsvorschlag erweitert um Devisentransaktionen). Nach seiner Wiederernennung muss Finanzminister Schäuble daher versuchen, die französische Regierung wieder auf Kurs bringen. Doch ein deutsch-französischer Wirtschaftsgipfel Ende Januar und eine gemeinsame Kabinettsitzung im Februar brachte keine Einigung. Auch eine Aussprache unter den an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten elf Finanzminister am Rande des Ecofins Mitte Februar brachte kein greifbares Ergebnis. Nach draußen drangen nur vage Erklärungen, so der Wunsch des französischen Finanzministers Moscovici nach einem „soliden und realistischen Vorschlag“ bis zu den Europawahlen. Schäuble kommentierte, es sei derzeit unseriös, einen Zeitpunkt für die Einführung der Finanztransaktionssteuer zu nennen: „Es wird noch eine Menge Arbeit sein.“ Dies scheint leider zuzutreffen.

In die französische Position scheint aber etwas Bewegung gekommen zu sein: Zunächst war Moscovici anscheinend bereit, "spekulative" Derivate zu besteuern, inzwischen sollen alle Derivate besteuert werden. Allerdings soll die Steuer nur nach dem Ausgabeprinzip (alle Transaktionen mit im Hoheitsgebiet ausgegebenen Finanzprodukte werden besteuert) und nicht zusätzlich auch nach dem Herkunftslandsprinzip erhoben werden (alle Transaktionen von im Hoheitsgebiet ansässigen Finanzinstituten werden besteuert).

Nach der Schlappe der Sozialisten bei den Kommunalwahlen hat Präsident Hollande seine Regierung umgebildet. Moscovici musste seinen Posten räumen. Wer sich nun um die Steuer kümmern wird, ist unklar. Neuer Wirtschaftsminister und damit Nachfolger von Moscovici ist der linke Sozialist Montebourg. Die Zuständigkeit für die Finanztransaktionssteuer könnte allerdings auch beim neuen Finanzminister Sapin liegen. Was dies für die Position der französischen Regierung bedeutet, ist offen. Da im Februar schon die italienische Regierung umgebildet wurde, werden die Karten jetzt wieder etwas neu gemischt.

Seit zwei Monaten zeichnet sich immer mehr eine Stufenlösung ab. Im Vorfeld eines informellen Ministertreffens zur Finanztransaktionssteuer im Februar griff auch Finanzminister Schäuble diesen älteren Vorschlag auf, anscheinend um Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen. Die Bemessungsgrundlage der Steuer würde demnach schrittweise erweitert, etwa erst von Aktien um Anleihen und schließlich um Derivate ergänzt. Die gestufte Einführung könnte anhand eines festen Zeitplans erfolgen oder an eine Folgenabschätzung geknüpft werden. Prinzipiell wäre auch denkbar, dass spätestmögliche Zeitpunkte für einzelne Kategorien festgelegt werden, so dass einzelne Mitgliedstaaten sofort mit allen Stufen beginnen können.

Gerüchten zufolge rückt die Stufenlösung aber schon wieder ein wenig in den Hintergrund. Einige Staaten haben sich klar dagegen ausgesprochen. Sie wollen Derivate von Anfang an besteuern. Frankreich scheint letzteres angeblich inzwischen auch zu akzeptieren. Eine Stufenlösung würde aber,

wenn die schwierigste und größte Produktklasse von Beginn an dabei ist, nicht mehr viel Sinn machen. Doch der Streit entzündet sich eben auch darum, ob das Herkunftslandprinzip, das Ausgabeprinzip oder wie ursprünglich angedacht beide angewendet werden sollen. Dies könnte sich ebenfalls in der Stufenlösung niederschlagen. Frankreich hat sich erst kürzlich erneut dafür ausgesprochen, generell nur das Ausgabeprinzip anzuwenden. Das Herkunftslandprinzip ist aber ein ganz wesentliches Element für eine wirksame Finanztransaktionssteuer.

Der Vorschlag einer Stufenlösung ist natürlich per se heikel: Eine gestufte Einführung wäre mit verbindlichen und zeitnahen Fristen akzeptabel. Doch wird eine Stufe an eine Evaluierung geknüpft, müssten nach der Evaluierung alle teilnehmenden Staaten der Erweiterung zustimmen. Die Gefahr ist dann groß, dass die Erweiterung scheitert.

Im Rahmen einer deutsch-französischen Kabinettsitzung im Februar kündigte Bundeskanzlerin Merkel im Beisein von Frankreichs Präsident Hollande an, dass es bis zu den Europawahlen Fortschritte bei den Verhandlungen geben sollte - "als wichtiges Signal für die Bürger". Doch ob dies gelingt, ist nach den bisherigen Erfahrungen ziemlich zweifelhaft. Die Gefahr ist groß, dass es etwas Wahlkampfgetöse geben wird und nach der Wahl der Handlungsdruck abnimmt.

Ende April will der Europäische Gerichtshof über die Klage Großbritanniens gegen die Verstärkte Zusammenarbeit entscheiden. Derzeit sieht es eher danach aus, als ob die Klage abgewiesen wird. In jedem Fall dürfte die Urteilsbegründung interessante Aussagen enthalten.

Entwicklung bei der Mittelverwendung

Im Haushaltsentwurf der neuen Bundesregierung sind bis 2017 keine Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer verbucht. Das ist schade, aber im Sinne einer vorsichtigen Finanzplanung auch nachvollziehbar - denn die Verhandlungen um die Finanztransaktionssteuer gehen derzeit nur im Schnecken tempo und mit ungewissem Ausgang voran.

Weniger nachvollziehbar sind jedoch die Beschlüsse der Koalition zu Entwicklungshilfe und weltweitem Umweltschutz. Als prioritäre Maßnahme sollte der Haushalt des Entwicklungshilfeministeriums laut Koalitionsvertrag um 2 Mrd. Euro aufgestockt werden. Alle nicht-prioritären Forderungen müssen mit Einsparungen gegenfinanziert werden. Ein neues Licht darauf wirft eine [Erklärung von Sascha Raabe](#), mit der er auf die erneute Kandidatur für den entwicklungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion verzichtet. Denn in der Endrunde der Koalitionsverhandlungen sei es gerade die SPD gewesen, die an der Aufstockung des Entwicklungshilfeetats gesägt hat.

Aus der Erklärung wird auch deutlich, wie sich die zusätzlichen 2 Mrd. Euro zusammensetzen: im ersten Jahr 200 Mio. Euro zusätzlich, im zweiten Jahr 400 Mio. Euro, im dritten Jahr 600 Mio. Euro und schließlich im vierten Jahr 800 Mio. Euro gegenüber dem Status Quo ($200+400+600+800=2000$). Bei einem Jetzt-Stand von 0,37 Prozent des BIP käme man dem 0,7 Prozent-Ziel damit nicht substanziell näher.

Einen Lichtblick bietet dagegen ein Interview des neuen Entwicklungsminister [Gerd Müller](#) (CSU) zur Mittelverwendung (das man allerdings auch nicht überbewerten sollte): Müller spricht sich dafür aus, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe zu verwenden und damit dem 0,7 Prozent-Ziel näherzukommen.

Rechtsgutachten zu Devisentransaktionen

Teilsieg für die Tobin-Steuer: Ein Gutachten des Juristischen Dienstes des Europäischen Rates lehnt - anders als bisher die EU Kommission - die Besteuerung von Devisentransaktionen nicht mehr grundsätzlich ab. Bisher hatte die Kommission dies mit Verweis auf ein Gutachten der EZB als angeblichen Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit abgelehnt. Nun schreiben die EU-Juristen des Rates, die Besteuerung von Devisen sei nicht unbedingt mit dem freien Kapitalverkehr unvereinbar. Das ist eine Einladung an die Regierungen, mit einer neu untermauerten Begründung einen neuen politischen Vorstoß zu wagen.

Doch die EU-Juristen rudern dann sofort wieder zurück: Bei Devisen handelt es sich erstens nicht um Finanzinstrumente im rechtlichen Sinne. Transaktionen mit Devisen haben zweitens angeblich auch nichts mit der jüngsten Finanzkrise zu tun - die Finanztransaktionssteuer soll aber die Finanzbranche an deren Kosten beteiligen. Außerdem würden drittens Devisenkassamärkte gar nicht durch das Unionsrecht reguliert. Aus diesen drei Gründen würden die Erweiterung um den Devisenhandel den Zielen des Kommissionsvorschlags zuwiderlaufen. Deswegen sei es laut Gutachten rechtlich nicht möglich, den Devisenhandel dem jetzigen Vorschlag hinzuzufügen.

Die Argumentation gegen die Erweiterung des Kommissionsvorschlags ist nicht wirklich schlüssig - das letzte Wort ist also hoffentlich nicht gesprochen. Da aber nicht alle Eurostaaten der Verstärkten Zusammenarbeit beigetreten sind, ist es aus politischen Gründen aber ohnehin unwahrscheinlich, dass Devisentransaktionen noch in den aktuellen Vorschlag einbezogen werden.

Mehr Infos:

<http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/transaktionssteuer-auch-auf-devisen-008664>

Kampagnenaktivitäten

Neuer Kampagnenspot "Future News"

Oxfam hat einen neuen, dreiminütigen Kampagnenspot veröffentlicht. Darin wirken neben Heike Makatsch weitere Filmstars wie Bill Nighy, Andrew Lincoln, Javier Cámara und Clémence Poesy mit. Der dreiminütige Spot "Future News" unter der Regie von David Yates (Harry Potter-Filme) stellt die Verwendung zukünftiger Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die Armutsbekämpfung und den Klimaschutz in den Mittelpunkt.

Am Besten einfach ansehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=8ghKdH1iJBc>

Offener Brief: Über 300 Organisationen warnen vor Verwässerung der Steuer

Angesichts der stockenden Verhandlungen haben 308 zivilgesellschaftliche Organisationen offene Briefe an einzelne Regierungschefs gegen die Verwässerung der Finanztransaktionssteuer geschrieben. Adressaten waren die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien und Spanien sowie einige ihrer Minister. Im Brief warnen die Nichtregierungsorganisationen vor der Verwässerung der Steuer durch die Ausnahme von Derivaten und rufen dazu auf, einen Teil der Einnahmen für Entwicklungshilfe und weltweiten Umweltschutz zu verwenden.

Zur Liste der [Unterzeichner](#) (erfreulich weit über Europa verteilt).
Zum [offenen Brief](#) an Bundeskanzlerin Merkel.

Argumentationspapier: Ausnahme für Derivate würden Finanztransaktionssteuer unterminieren

Die Kampagne nennt zwei Gründe, weswegen Derivate nicht von der Finanztransaktionssteuer ausgenommen werden sollten. Denn zum einen würde das Aufkommen der Steuer um mindestens 60 Prozent sinken. Zum anderen würden gerade die Finanzinstrumente verschont, die am meisten zu spekulativen Exzessen beitragen.

Zum Argumentationspapier:

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Wer_wir_sind/Presse/2014/140218_Derivate_Factsheet.docx

Pressemitteilungen

18. Februar: Über 300 Organisationen fordern umfassende Finanztransaktionssteuer - Ausnahmen für Derivate bedeuten 60 Prozent weniger Einnahmen

Angesichts der drohenden Verwässerung der Finanztransaktionssteuer haben in einer europaweiten Aktion über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen offene Briefe an Regierungschefs in Europa geschrieben.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.